



Muslime unter Generalverdacht

Mustafa Yoldas

Bekanntlich stärkt Terror den Staat und schränkt die Freiheitsrechte des Einzelnen ein. Drei Jahre nach dem 11.9. ist es höchste Zeit, eine Bilanz über den „Anti-Terror-Kampf“ hierzulande zu ziehen. Welche Erfolge zeitigen die Maßnahmen – welche Risiken und Gefahren sind damit verbunden? Welche Folgen haben diese Maßnahmen auf den Integrationswillen der Muslime in die hiesige Gesellschaft gehabt? Und welche Auswirkungen hat eine solche Sonderbehandlung auf das soziale und politische Klima in diesem Lande?

„Anti-Terror-Kampf“

Was im Zuge der sog. „Otto-(Schily)-Kataloge“ mit rund 3 Mrd. Euro erreicht worden ist, muss hinterfragt werden. Viel schlimmer als die materiellen sind die gesellschaftlichen Folgen des sog. „Anti-Terror-Kampfes“. Denn manche Schäden im kollektiven

Mustafa Yoldas ist Vorsitzender der SCHURA (Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg).

Gedächtnis der Menschen sind irreversibel und langfristig für das Zusammenleben verheerend. Auch wenn unmittelbar nach den Anschlägen vom 11.9. viele Politiker und Medien äußerst sensibel mit uns Muslimen umgegangen sind, so wurde in den folgenden Monaten regelrecht eine Terror-Hysterie angefacht, so dass in dieser irrationalen Atmosphäre irrsinnige Maßnahmen ergriffen wurden, die man als Schikane bezeichnen muss. Aber es haben sich leider auch viele Politiker bewusst auf dem Rücken der lobbylosen Muslime mit billigem Populismus profiliert.

Beispiel: In Frankfurt wurde eine Moschee mit Hunden und Stiefeln ohne Rücksicht auf ein Gotteshaus gestürmt, weil einer den Hinweis gegeben hatte, er habe Usama bin Laden aus einem Taxi dort aussteigen sehen.

Populismus

In Hamburg wurden ein islamischer Buchladen medienwirksam durchforstet und einige Leute festgenommen, jedoch am selben Abend noch frei gelassen, aber diesmal ohne die Anwesenheit der Kameras. Was

in den Köpfen der Hamburger Bevölkerung den Eindruck hinterließ, die Stadt sei von Terroristen unterwandert. Symbolträchtig wurde am 11.9.02 ein Gebäudekomplex im Hamburger Stadtteil St. Georg auf Anweisung von Herrn Schill gestürmt, in dem sich drei Moscheen befinden. Es hieß, man habe von einem ausländischen Geheimdienst den sicheren Hinweis bekommen, dass sich dort ein Terrorist aufhielt. Über 150 maskierte Polizisten mit gezückten Maschinengewehren umzingelten das Gebäude am frühen Morgen in Anwesenheit der Kameras. Das Ergebnis war ein Flop. Resultat für die Moschee war, dass über 30 Mieter aus dem Wohnkomplex auszogen, weil sie dieser Schikane nicht noch einmal ausgesetzt werden wollten. Der Moschee bleibt ein monatlicher Mietverlust von 12.000 € und einige zertretene Türen.

Ich frage mich, wie sich Katholiken in der benachbarten Marienkirche fühlen würden, wenn diese genauso umstellt würde, wenn einer den Hinweis gibt, dort habe sich ein Terrorist der IRA versteckt und es stellt sich als unwahr heraus.



ISLAM MIT SICHERHEIT

Geblieden in unserem Gedächtnis aber sind gegenseitige Verunsicherung, Ratlosigkeit, Misstrauen und Angst. Wo landen wir, wenn Rechtsstaatlichkeit weiterhin dem Denunziantentum weichen muss?

Rasterfahndung

Wenn man sich das Resultat der Rasterfahndung anguckt, ist diese ebenfalls ernüchternd: kein Terrorist wurde dadurch dingfest gemacht. Stattdessen mussten sich allein in Hamburg rund 150 junge Muslime mit dem Kennzeichen jung, religiös, ledig, Student und arabisch-stämmig entwürdigenden Befragungen aussetzen.

Viele Begegnungsstätten, Sprachkurse, Anlaufstellen für Flüchtlinge wurden angeblich aus Kostengründen geschlossen, Flüchtlinge in ihre unsichere Heimat zurückgeschickt, aber im Gegenzug viele Mitarbeiter für den Verfassungsschutz angeworben. Wir verstehen das natürlich als richtiges Signal für unsere Integration. Wenn wir die Senatoren zu unseren alljährlichen Ramadan-Empfängen einladen und im offiziellen Auftrag nur Vertreter des LKA erscheinen, wissen wir es auch einzuordnen.

Kegelverein

Die Kirchen haben einen Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts mit einer weitreichenden Autonomie. Die Moscheen sind allesamt nach dem deutschen Vereinsrecht organisiert als e.V. Wenn Kirchen auf Grund ihrer Heiligkeit sogar einen Sonderstatus hierzulande erlangen und „Kirchenasyl“ bieten können, zugleich aber rund 2500 islamische Gotteshäuser nach der Abschaffung des sog. Religionsprivilegs aus dem Vereinsrecht auf das Niveau eines Kegelvereins degradiert wurden, die



„Von den Kolleginnen und Kollegen aus dem Norden lässt sich immer wieder

etwas lernen. Der Flüchtlingsrat SH versteht es, die vorhandenen Ressourcen zu bündeln und breite Bündnisse für Flüchtlinge zu schmieden, innovative Projekte aus der Taufe zu heben und öffentlichkeitswirksame Kampagnen zu organisieren. Bemerkenswert ist seine Fähigkeit, eine professionelle Lobbyarbeit in den Gremien und Institutionen der Politik zu leisten, ohne die Solidaritätsarbeit für Flüchtlinge an der Basis und die politische Öffentlichkeitsarbeit zu vernachlässigen.“

Kai Weber, Geschäftsführer des Flüchtlingsrates Niedersachsen

regelmäßig willkürlichen Razzien und stundenlangen Personenkontrollen unterzogen werden, dann ist schwer von einer Gleichbehandlung der Religionsgemeinschaften zu sprechen. Mit dem Zentralrat der Juden wird ein Staatsvertrag geschlossen. Wie lange müssen wir 3,5 Mio. Muslime darauf warten, als Religionsgemeinschaft ernst genommen und als Ansprechpartner akzeptiert zu werden? Wie lange müssen wir das Gefühl ertragen, als Bedrohung wahrgenommen zu werden? Dank der sensationsgierigen und undifferenzierten Berichterstattung der Medien und des Umgangs der Politik mit den Muslimen assoziieren nach der Allensbach-Studie mehr als 90% der Deutschen den Islam mit Unterdrückung der Frau, Fundamentalismus und Terror. Welchen Anteil haben wir Muslime daran? Demonstrationen, Friedensgebete, Menschenketten unzählige Presseerklärungen, ein Grundsatzpapier über unsere Ansichten zu Fragen der Gewalt, des Verhältnisses von Mann und Frau, Scharia und Grundgesetz finden kaum Niederschlag in den Medien, obwohl in Hamburg und anderswo Muslime seit über 40 Jahren friedvoll leben. Trotzdem wird unsere Aufrichtigkeit in Frage gestellt, egal was wir tun. Unsere Dialogpartner in Kirche und Politik werden der Blauäugigkeit und Naivität bezichtigt.

Gesellschaftliche Spaltung

Letztlich haben wir den Eindruck, dass die verantwortlichen Politiker und Amtsinhaber zu bequem sind, sich direkt mit uns auseinander zu setzen. Wenn es gefährliche Elemente gibt, muss eben gestritten werden, an Runden Tischen, auf Tagungen, in den Moscheen, im Rathaus, in Bürgerhäusern, notfalls vor Gericht. Aber Deutschland kann es sich nicht leisten, die Muslime ins Abseits zu drängen, zu illegalisieren, ihre Zukunftsperspektiven (die haben wir eben als Muslime auch) zu frustrieren oder zu zerstören und Aufgebautes abzuwerten. Das bedeutet gesellschaftliche Spaltung und Desintegration. Wer den Muslimen Entfaltungsfreiheit, Partizipation gewährt, ihnen bei der Institutionalisierung hilft und die wahre Integration vorantreibt, der kann Loyalität und Verbundenheit zu diesem Land und zu dieser Gesellschaft erwarten. Die Verinnerlichung des Grundgesetzes, die Demokratiereife, -fähigkeit und -bereitschaft in diesem Lande wird sich auch an dem Thema Islam bzw. Muslime messen müssen.

BRD
DRITTE WELT

59



Islam in Deutschland

Seit 1961, dem Jahr des „Anwerbeabkommens“ mit der Türkei, gehört der Islam zur bundesrepublikanischen Gesellschaft. Dennoch wurde er lange Zeit nicht wahrgenommen. Die deutsche Gesellschaft ignorierte die Einwanderung an sich und damit auch diesen Bestandteil. Die Betroffenen selbst fühlten sich häufig als „Gastarbeiter“, also Einwohnerinnen auf Zeit. Hohe Feiertage wurden, wenn möglich, „zu Hause“ verbracht. Als religiöses Existenzminimum entstanden in Deutschland einfache Gebetsräume, sogenannte „Hinterhofmoscheen“. Inzwischen ist die Einwanderung eines der beherrschenden Themen der politischen Diskussion. Dabei wird „Islam“ nicht so sehr als Teil der multikulturellen Gesellschaft gesehen, sondern als Bedrohung deutscher Traditionen und als Hintergrund der Terroranschläge von New York im September 2001. So gehen in der Diskussion auch Argumente und Informationen häufig unter, werden von Verleumdungen und Vorurteilen überdeckt. Am auffälligsten ist dies in der sogenannten „Kopftuchdebatte“, in der es nicht so sehr um islamische Bekleidungsregeln geht, dafür umso mehr um die Verteidigung der deutschen „Leitkultur“ geht.

Reinhard Pohl:
**ISLAM in
DEUTSCHLAND**
2004, 48 Seiten, 2 Euro

Fordern Sie das
Gesamtverzeichnis an!
6 Hefte pro Jahr
im Abonnement 10 Euro.

Magazin Verlag
Schwefelstr.6
24118 Kiel
Fax: 0431/570 98 82